

Nationalratsdebatte, 08.06.2010.
Amtshilfesuch der USA betreffend UBS AG.
Abkommen. Fraktionssprecher: Hans Grunder



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Im Namen der BDP-Fraktion bitte ich Sie eindringlich, nicht nur dem Staatsvertrag zuzustimmen, sondern auch die Unterstellung unter das fakultative Referendum klar abzulehnen. Es wurde hier eindrücklich aufgezeigt, welche Folgen eine Ablehnung des Staatsvertrags für den Werkplatz Schweiz und damit für das ganze Schweizervolk hätte. Durch die Unsicherheit eines allfälligen Referendums verlängern wir grobfahrlässig einen Zustand mit grossen Risiken und gefährden damit die Zusammenarbeit mit einem unserer wichtigsten Handelspartner, und das erst noch in einer Zeit, in der wir ausserhalb Europas auf gute Handelsbeziehungen angewiesen sind. Wer in diesem Rat für die Volkswirtschaft einsteht und zum Staatsvertrag Ja sagt, sagt ebenfalls klar Nein zum fakultativen Referendum. Alles andere wäre fahrlässig, inkonsequent und ganz klar gegen die Interessen der Wirtschaft und des ganzen Gewerbes. Das sage ich nochmals deutlich an die Adresse der Wirtschaftsvertreter in der SVP. Ich bitte Sie, sich diese Frage nochmals gut zu überlegen - insbesondere, da auch die SVP klar sagt, dass sie ja selber das Referendum nicht ergreifen wolle. Das ist keine zielführende Politik. Nochmals: Hier geht es um den Staatsvertrag. Es wurde von meinen Vorrednern, auch von Herrn Bischof und sogar von einer Minderheit der Grünen, klar gesagt: Diese zwei Fragen sind verknüpft. Es macht keinen Sinn, zum Staatsvertrag Ja zu sagen und dann auch zum Referendum Ja zu sagen. Lehnen wir das Referendum ab und schliessen wir dieses Kapitel! Widmen wir uns wieder wichtigen Aufgaben für die Zukunft!